

**Beschluss** Kein Platz für rechtes Gedankengut in Sicherheitsbehörden – Solidarität mit Bahar Aslan

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 03.06.2023  
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Als Landesverband Berlin erklären wir uns uneingeschränkt solidarisch mit Bahar Aslan,  
2 stellvertretend für alle Menschen, die in unserer Gesellschaft gegen Rassismus und  
3 Rechtsextremismus kämpfen.

4 Der Einsatz gegen Rassismus und rechtes Gedankengut ist Teil unseres bündnisgrünen  
5 Selbstverständnisses und Wertefundaments. Gleichzeitig sind Rassismus und rechtsextreme  
6 Strukturen innerhalb von Sicherheitsbehörden ein bis heute ungelöstes Problem. Wir dürfen  
7 und werden auch zukünftig davor nicht die Augen verschließen, sonst riskieren wir den Bruch  
8 mit den Grundwerten unserer rechtsstaatlichen Demokratie. Wer Menschen wie Bahar Aslan  
9 angreift, die auf Missstände hinweisen, indem sie ihre Lebensrealität und die Lebensrealität  
10 nicht weiß gelesener Menschen für andere sichtbar machen, der wird selbst zum Teil des  
11 Problems.

12 Bahar Aslan, die sich nicht zuletzt durch ihre Arbeit als Dozentin für interkulturelle  
13 Kompetenz an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW aktiv, mutig  
14 und fachlich gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingesetzt hat, erlebt gerade, wie  
15 folgenschwer dieser Einsatz sein kann.

16 Wegen eines persönlichen Tweets, der missverständlich formuliert aber im Inhalt klar gegen  
17 Rechtsextremismus in der Polizei gerichtet war, wurde Bahar Aslan innerhalb von 48 Stunden  
18 und ohne vorherige Anhörung der Lehrauftrag von der HSPV entzogen und der Bezirk Münster  
19 prüft dienstrechtliche Konsequenzen gegen sie als verbeamtete Lehrerin. In den Sozialen  
20 Medien überrollte sie eine Welle des Hasses, der Beleidigungen und Bedrohungen.

21 Berufliche Konsequenzen sind auf dieser Grundlage unangebracht. Die fehlende Solidarität von  
22 staatlicher Seite hingegen erschreckend. Niemand verdient es aufgrund der Schilderung  
23 negativer persönlicher Erfahrungen mit Hass überschüttet zu werden oder gar die berufliche  
24 Zukunft zu verlieren. Bahar Aslan hat sich von ihrer eigenen Wortwahl bereits distanziert  
25 und klargestellt, dass sie keine Pauschalverurteilung von Polizist\*innen vornehmen wollte.  
26 Die Tatsache, dass sie als Dozentin an der HSPV lehrt und regelmäßig mit  
27 Polizeischüler\*innen interagiert, zeigt, dass sie schon heute Teil der Lösung sein will.

28 Wir erwarten, dass auch die Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden Teil der  
29 Lösung sein wollen. Seit Jahren lässt sich beobachten, wie Vorfälle um Vorfälle von  
30 Innenminister\*innen zu „Einzelfällen“ erklärt werden. Netzwerke und Chat-Gruppen, in denen  
31 Hakenkreuze und Witze über Gaskammern geteilt werden, bleiben für die Beteiligten oft ohne  
32 Konsequenzen. Wir werden Zeuge\*innen, wie Menschen Opfer von Polizeigewalt werden und es noch  
33 immer keine unabhängigen Studien zu deren Ausmaß gibt. Auch gibt es noch immer keine  
34 polizeiunabhängige Stelle, die Anzeigen gegen Sicherheitskräfte wegen Gewaltanwendung  
35 untersucht. Wer sich aus den Reihen der Beamt\*innen traut auf Missstände aufmerksam zu  
36 machen, wird nicht selten Opfer von Anfeindungen und Mobbing.

37 Nicht die Hinweise darauf sind es, die dem Ansehen und dem Vertrauen in die Arbeit der  
38 Sicherheitsbehörden in unserem Land schaden, sondern dass diese Zustände seit Jahren bekannt

39 sind und viel zu wenig unternommen wird sie zu ändern. Damit schaden die Verantwortlichen  
40 vor allem der überwältigenden Mehrheit der Einsatzkräfte, die tagtäglich rechtmäßig,  
41 professionell und neutral ihren Dienst ausüben, sich den damit verbundenen Gefahren  
42 aussetzen, um das Grundgesetz, die Rechtsordnung und die Menschen in diesem Land zu  
43 beschützen. Sie schaden damit all jenen Beamt\*innen, die rechtes Gedankengut genauso  
44 unvereinbar mit ihrer Aufgabe und Rolle empfinden, wie wir. Sie gefährden jene Beamt\*innen,  
45 die selbst ins Fadenkreuz von Rechtsextremen und Reichsbürger\*innen gelangen.

46 Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht von rechts aus, daher ist es unsere  
47 gesamtstaatliche Pflicht, dem konsequent und überall entgegenzutreten. Wir setzen uns auch  
48 weiterhin dafür ein, internalisierten und strukturellen Rassismus zu erkennen, zu  
49 hinterfragen und aktiv zu bekämpfen. Die Hochschulen und Polizeischulen müssen Orte sein, an  
50 denen diskriminierungssensibles Handeln, Selbstreflexion und eine ernsthafte Fehlerkultur  
51 zum Alltag gehören. Bahar Aslan darf nicht in der geschehenen Form dafür bestraft werden,  
52 dass sie über ihre Ängste spricht. Diese Ängste werden von vielen nicht weiß gelesenen  
53 Menschen in diesem Land geteilt. Sie zu äußern und als Problem zu benennen ist zulässig und  
54 berechtigt, solange das Sicherheitsversprechen in diesem Land nicht für alle gleichermaßen  
55 gilt.